

Merz; Mailbox-Nachricht: Missverständnis mit Hasselmann sorgt für Wirbel!

CDU-Chef Merz bedauert Kontroversen um seine Mailbox-Nachricht an Grünen-Fraktionschefin Hasselmann nach Sondierungsgesprächen.

Bundestag, Deutschland - Der CDU-Chef Friedrich Merz sieht sich mit einem unerwarteten Wirbel konfrontiert, nachdem er eine Nachricht auf der Mailbox der Grünen-Fraktionschefin Britta Hasselmann hinterlassen hat. Diese Nachricht erfolgte im Zuge der Sondierungseinigungen zwischen der Union und der SPD und diente der Vorbereitung von Gesprächen über ein geplantes Finanzpaket. Wie **BNN** berichtet, kam die Nachricht bei den Grünen jedoch nicht gut an, zumal ihre Stimmen für notwendige Grundgesetzänderungen gewünscht werden.

Merz bedauert mittlerweile die Reaktionen auf seine Nachricht und gibt zu, dass er, hätte er die negativen Rückmeldungen im Voraus gekannt, anders gehandelt hätte. Er wollte Hasselmann noch vor der Pressekonferenz nach den Sondierungsgesprächen informieren. Die Gespräche zwischen Union, SPD und Grünen waren am Ende jedoch erfolgreich, und am Dienstag könnte der alte Bundestag bereits die erforderlichen Grundgesetzänderungen beschließen. Am Freitag steht die Befassung im Bundesrat an, wie **Allgäuer Zeitung** berichtet.

Kontext zur Regierungsbildung

Die Gespräche um die Regierungsbildung sind für Merz von zentraler Bedeutung. Er strebt eine schnelle Regierungsbildung

bis zu den Ostertagen an und hat unmittelbar nach den Wahlen erste Kontakte zu SPD-Chef Lars Klingbeil gesucht. Bei der letzten Bundestagswahl erhielt die Union 28,2 % der Stimmen, während die SPD ein historisches Tief von 16,4 % verzeichnete. Merz wird aufgefordert, sowohl seinen Ton als auch seinen politischen Kurs zu ändern, wie von **Tagesschau** berichtet.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien gestalten sich herausfordernd. Während die Union auf eine restriktive Migrationspolitik setzt, dass Asylbewerber an den Grenzen zurückgewiesen werden, plädiert die SPD für den Erhalt eines monatlichen Kontingents von 1.000 Visa. Ein weiterer Streitpunkt sind die geplanten Steuerentlastungen der Union gegenüber den Vorstellungen der SPD, die einen „Made in Germany“-Bonus anstrebt.

Finanzielle Herausforderungen

Eine der zentralen Aufgaben der neuen Koalition wird die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2025 sein. Merz warnt vor einer jährlich zu erwartenden Haushaltslücke von 30 bis 40 Milliarden Euro, die zur Erreichung des NATO-Ziels von 2 % des BIP aufgebracht werden muss. Während die SPD eine Reform der Schuldenbremse für mehr Investitionsspielraum fordert, hat Merz bereits angekündigt, dass dauerhafte Grenzkontrollen nicht mehr Thema sind, stattdessen aber vorübergehende Kontrollen bis 2026 möglich sind.

In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird ein gemeinsames Ziel erkennbar: Die Unterstützung der Ukraine. Allerdings gibt es Differenzen bei der Finanzierung zusätzlicher Hilfen. Merz hat sich auch offen für die Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern gezeigt, während die SPD und Kanzler Olaf Scholz dagegen sind.

Im Hinblick auf soziale Themen strebt die Union die Abschaffung des Bürgergeldes an, während die SPD die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro fordert. Es bleibt abzuwarten, ob die

beiden Parteien in diesen und weiteren Themen zu einer Einigung kommen können, die eine stabile Regierungsbildung ermöglicht.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Bundestag, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• bnn.de• www.allgaeuer-zeitung.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)